

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

8. November 2017

zum Thema

**"Appell an die Bundesregierung:
Integration nicht blockieren und verhindern, sondern fünf
große Initiativen umsetzen! Die Detailforderungen."**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

"Appell an die Bundesregierung: Integration nicht blockieren und verhindern, sondern fünf große Initiativen umsetzen! Die Detailforderungen."

Integration ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen für Österreich. Schon bisher war die österreichische Bundesregierung vielfach untätig und oft sogar hindernd und Integration ver hindernd. Viele befürchten aber nun durch die nächste Bundesregierung ideologisch motivierte Blockaden und Verschlechterungen bei der Integration und damit eine Zerstörung der Integrationschancen vieler Betroffener. Oberösterreichs Integrations-Landesrat Rudi Anschober appelliert daher eindringlich an die Koalitionsverhandler/innen, fünf zentrale Schwerpunkte umzusetzen.

LR Anschober: „Angesichts der Ankündigungen der beiden Koalitionsverhandler/innen schon im Wahlkampf und nun durchsickernder erster Übereinkommen im Bereich Integration, appelliere ich eindringlich und leidenschaftlich an die nächste Bundesregierung, Integration nicht am Altar der Ideologie zu opfern, sondern eine bundesweite Integrationsoffensive mit fünf großen Schwerpunkten zu fixieren. Alle diese Integrationspunkte wurden bereits in unterschiedlichen Bereichen mit Zustimmung der ÖVP beschlossen. Integration ist DIE Herausforderung unserer Zeit, entsprechend behutsam muss mit den Agenden umgegangen werden, Populismus und ideologisch motivierte Blockaden sind fehl am Platz, denn es geht um Menschen. Von gelungener Integration profitieren alle: die Betroffenen, die Wirtschaft und unsere gesamte Gesellschaft. Es geht um ein friedliches, gelingendes Miteinander und um positive Perspektiven unserer Gesellschaft.“

Die fünf Hauptpunkte für eine neue Bundesregierung: Asylverfahren, Deutschkurse, Bildung, Arbeitsmarkt sowie eine 2. nachholende Integrationsoffensive für schon länger hier lebende Migrant/innen.

Bei den Zusammentreffen der Integrations- und Flüchtlingsreferent/innen aller Bundesländer mit den Minister/innen sowie in den Landesregierungen bzw. Landtagen wurden viele der folgenden Forderungen schon von (fast) allen Parteien mitgetragen. Es gibt also bereits viele Modellbereiche in den Regionen, die bundesweit als Vorbild dienen könnten. OÖs Landesregierung hat z.B. bei der Arbeitsmarktintegration eine gemeinsame Resolution an den Bund verfasst, wo z.B. zur Verringerung des

Facharbeitermangels auf rasche Qualifizierung und eine kontrollierte Öffnung des Arbeitsmarktes ab dem 6. Aufenthaltsmonats bereits bei Asylwerbenden gedrängt wird.

LR Rudi Anschober: *„Die nächste Bundesregierung steht vor der Alternative: ideologisch motivierte Spaltung und Zerstörung der Integration oder aber im Interesse aller eine Integrationsoffensive umsetzen!“*

1. Schwerpunkt: Beschleunigung Asylverfahren

Im Zuge der aktuellen Fluchtbewegung wurden die Asylverfahren von Syrer/innen pauschal vorgezogen und daher schneller bearbeitet, Menschen aus vielen anderen Nationen warten aber seit Jahren überhaupt erst auf ein Erstinterview, Bescheiddauer 2-3 Jahre. Die Personalaufstockung kam seitens des Innenministeriums viel zu spät.

Für die Betroffenen bedeutet die lange Wartezeit eine immense Ungewissheit, fehlende Perspektiven, ein Beschäftigungsverbot – mit nur wenigen Ausnahmen, eine auferlegte Unselbstständigkeit.

Forderungen:

- Beschleunigung der Asylverfahren
- keine Außerlandesbringung während der Ausbildung
- verstärkte Anerkennung der Integrationsleistungen im Asylbescheid
- Beschleunigung von Familienzusammenführungen
- Resettlementverfahren ausbauen

2. Schwerpunkt: Deutschkurse

Die Initiative von LR Anschober nach Integration ab Tag 1 in der Grundversorgung hat sich bundesweit etabliert, z.B. durch ein breites Netz an geförderten Deutschkursen bereits für Asylwerbende. So kann die Wartezeit auf den Bescheid sinnvoll genutzt werden, eine Teilhabe an der Gesellschaft wird

ermöglicht und der Grundstein für einen möglichst raschen Job-Einstieg nach dem Asylbescheid wird gelegt.

Die derzeitige Vereinbarung zur Ko-Finanzierung von Bund und Ländern bei den geförderten Deutschkursen läuft mit Jahresende aus – es braucht einen nahtlosen Anschluss mit Beginn 2018 für flächendeckende Sprachausbildung inkl. berufsspezifischer Kurse.

Forderungen:

- Weiterfinanzierung der Deutschkurse für Asylwerbende von Alphabetisierung bis C2-Niveau
- Geförderte Angebote für Fachsprachkurse, etwa für Mediziner/innen oder Techniker/innen, die ihre Fachbegriffe für einen Berufseinstieg benötigen
- Weiterfinanzierung der Sprachkurse von Asylberechtigten über das AMS

Ein entsprechender Antrag auf Weiterführung der Sprachkurse für Asylwerbende wurde von den Landesflüchtlingsreferent/innen aller Bundesländer erst im Oktober 2017 einstimmig beschlossen und an den noch zuständigen Bundesminister Sobotka übermittelt.

Auch bei den Integrationsreferent/innen-Konferenzen 2015 und 2016 sowie im Zuge einer Resolution der Oö. Landesregierung wurde ein koordiniertes, einheitliches System bei Deutsch- und Integrationskursen schon gefordert.

3. Schwerpunkt: Bildung und Qualifizierung

a. Bereich Pflichtschule

Die Bildung für schulpflichtige Asylwerbende läuft in OÖ im Rahmen der Regelklassen in Pflichtschulen vorbildlich. Durch die dezentrale Verteilung der Asylquartiere und eine Einschulung entsprechend der Sprengel ist eine möglichst breite Verteilung gegeben. Zudem passiert die Einschulung altersgerecht, was für die Integration und den Lernerfolg gleichermaßen sinnvoll ist. Der Landesschulrat OÖ setzt hier mit engagierten Pädagog/innen ein sehr modernes System um,

ohne reine „Ausländerklassen“. So passieren Deutscherwerb, Werteschulung und Kennenlernen „nebenbei“.

In den oö. Pflichtschulen sind aktuell rund 1.500 Kinder und Jugendliche eingeschult, rund 500 weitere in weiterführenden Schulen. Auch die Belegung von Kindergärten und Horten funktioniert sehr gut.

Auch für das freiwillige 10. Schuljahr für Asylwerbende konnte mittlerweile mit dem Unterrichtsministerium eine Lösung gefunden werden, sodass seit September auch dies möglich ist, um v.a. die Sprachkenntnisse in diesem einen freiwilligen Jahr noch aufzubessern und dann den Pflichtschulabschluss ablegen zu können oder eine Lehre zu starten.

Forderung:

- Oö. Vorzeigemodell der alters- und sprengelgerechten Einschulung in Regelklassen der Pflichtschulen bundesweit zum Standard machen, keine Sonderklassen

b. Bereich Erwachsenenbildung

Eine bundesweite Initiative mit genügend finanzieller Ausstattung braucht es für jene erwachsenen Flüchtlinge, die bisher in ihren Heimatländern nicht alphabetisiert wurden bzw. keine Pflichtschule abschließen konnten (in OÖ 20%). Ziel muss es sein, dass auch diese Menschen durch Bildungsmaßnahmen eine Chance am Arbeitsmarkt und somit für ein selbstbestimmtes Leben bekommen.

Forderungen:

- Qualifizierungsoffensive für Erwachsene mit mangelhaften Qualifikationen
- bundesweite Erfassung von Qualifizierungen gleich im Zuge des Asylantrages

Sowohl die Oö. Landesregierung hat die Mitfinanzierung des Bundes zu Qualifizierungsmaßnahmen für Erwachsene mit keiner/ schlechter Ausbildung beschlossen, als auch die Flüchtlingsreferent/innen aller Bundesländer einstimmig bei ihrem letzten Treffen.

c. Bereich Gut-Qualifizierte

Unter den Geflüchteten sind aber ebenso sehr gut Ausgebildete (in OÖ 25% mit Matura oder Uni-Abschluss), damit diese möglichst rasch und in adäquaten Stellen am Arbeitsplatz Fuß fassen können, braucht es raschere und einfachere Nostrifizierungsverfahren. So sind aktuell die Kosten für die Beglaubigung etwa nur mit Kreditkarte zu bezahlen, die ein/e Asylwerbende/r in Österreich im Normalfall aber nicht hat.

Forderung:

- Beseitigung der Barrieren bei langwierigen und zu teuren Nostrifizierungen und Anerkennungen von Abschlüssen bzw. Erfahrungen

Auch diese Forderung wird von der Mehrheit der Oö. Landesregierung unterstützt und wurde von den Flüchtlingsreferent/innen aller Bundesländer bei der Konferenz im Oktober 2017 verabschiedet.

4. Schwerpunkt: Arbeitsmarkt-Integration

Mit Ausnahme von sieben – teils hart erkämpften – Bereichen (Hilfstätigkeiten im Quartier, gemeinnützige Arbeit, Volontariate, Saisonarbeit, Selbstständigkeit, Lehre in Mangelberufen, Dienstleistungsscheck) dürfen Asylwerbende – also während des Verfahrens – nicht arbeiten. Das erschwert die lange Wartezeit für die Asylwerbenden, ist schlecht für die Wirtschaft und führt zu Unverständnis in der Bevölkerung.

Auf Initiative von LR Anschober hat die Oö. Landesregierung mehrheitlich eine Resolution an den Bund verabschiedet mit Forderungen zur Arbeitsmarkt-Erleichterung, etwa Öffnung ab dem 6. Aufenthaltsmonat in Mangelberufen, Zugang zu gemeinnützigen Tätigkeiten und Volontariaten, Erleichterungen bei der Lehre und Nostrifizierung.

Auch bei diversen Landesflüchtlings- und –Integrationsreferent/innen-Konferenzen 2015, 2016 und 2017 wurden einstimmige Beschlüsse hierzu an die zuständigen Minister/innen verabschiedet, etwa nach erleichtertem Arbeitsmarktzugang generell, in einem ersten Schritt einer erweiterten

Mangelberufsliste bei Lehrberufen bzw. auch zu den dann erfolgreich umgesetzten sieben Ausnahmen des Beschäftigungsverbots.

Auch die Sozialpartner haben sich schon 2015 für eine kontrollierte Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerbende in Mangelberufen ausgesprochen.

Forderungen:

- kontrollierter Zugang zum Arbeitsmarkt ab dem 6. Aufenthaltsmonat in Mangelberufen
- keine Abschiebungen während der Ausbildung, verstärkte Anerkennung der Integrationsleistungen in den Asylbescheiden
- Beschleunigung und Hürden-Abbau bei den Nostrifizierungen

5. Schwerpunkt: Zweite Integrationsoffensive

Bei der aktuellen Fluchtbewegung waren viele Helfer/innen von Beginn an da und haben auch ein entschiedenes Handeln der Politik gefordert – das z.B. in OÖ durch dezentrale Verteilung der Asylquartiere und Integration ab Tag1 umgesetzt wurde. Migrant/innen früherer Bewegungen, z.B. aus Tschetschenien oder der Türkei hatten diese Unterstützung nicht. Sie wurden zumeist zentralisiert und abgeschottet in Wohnhäusern untergebracht, Unterstützungsangebote gab es nicht. Damit sind für viele langfristige Probleme entstanden: fehlende Sprachkenntnisse, kein Zugang zur Mehrheitsgesellschaft, keine Chance am Arbeitsmarkt – damit auch ein erhöhtes Risiko für Parallelstrukturen oder gar Kriminalität durch Perspektivenlosigkeit.

In OÖ hat auf Initiative von LR Anschober das Pilotprojekt zur 2. Integrationsoffensive – mit Tschetscheninnen – gestartet. Ziel ist es, Angebote zu schaffen, Sprache und Inklusion nachzuholen und einen Schritt aufeinander zuzugehen, ein Zeichen setzen, dass auch diese Gruppe in OÖ wichtig ist.

Forderung:

- umfassende Integrationsoffensive für schon länger hier lebende Migrant/innen in Kooperation mit den Ländern.

Wesentliche Teile dieser Punkte wurden zum Gutteil auf Initiative Oberösterreichs bei der jüngsten Flüchtlingsreferent/innenkonferenz der Bundesländer vor zwei Wochen einstimmig beschlossen. Bei der morgigen Integrationsreferent/innen-Konferenz in St. Pölten bringt LR Anschober Teile neuerlich ein.

Landesrat Rudi Anschober abschließend: *„Abgesehen von diesen fünf inhaltlichen Schwerpunkten für die Integrationsarbeit der nächsten Bundesregierung fordere ich **ein Integrationsressort** (auch als Teil des Europa- und Außenministeriums wie bisher), dem die wesentlichen Kompetenzen dieses Bereichs zugeteilt sind und das als Koordinierungsgremium arbeitet.“*

	LReg-Resolution	LIRK 2015	LIRK 2016	FLÜRK 2015	FLÜRK 2016	FLÜRK 2017
Beschleunigung Verfahren						
Bildung/Qualifizierung	Qu-Check; Nostrifizierung; Mitfinanzierung des Bundes in Qu-Maßnahmen; FLAF/FLAG					Basisbildung und Alpha; Kostentragung; Berufsschule Kostentragung Fahrten und Unterlagen; Nostrifizierung und Überbeglaubigung
Deutschkurse	Koordinierung Deutschkursaangebote;	Deutschkurse für Flüchtlinge	Einheitliches System Deutsch- und Integrationskurse			Deutschkurse Fortführung
Arbeitsmarkt-Integration	Remunerationstätigkeiten; Volontariate uam; gesteuerte und kontrollierte Öffnung des Arbeitsmarktes in Mangelberufen;	Möglichkeiten zur Integration in den Arbeitsmarkt darstellen	Bekräftigung des Beschlusses Arbeitsmarkt der FLÜRK aus 2016	Arbeitsmarkt-Zugang und Erweiterung Mangelberufe	Remunerationstätigkeit; Arbeitsmarktpaket OÖ - 7 Pkte (Qu-Checks; Volontariate; Deutschkurse; Nostrifizierung; Basisbildungs- und PSA Offensive; FLAF/FLAG; Fahrtkosten); Arbeitsmarktzugang	Nostrifizierung und Überbeglaubigung; Anhebung bei Lehrlingen auf 30 Jahre; Bekräftigung des Beschlusses Arbeitsmarkt aus 2016
2. Integrationsoffensive						

Quelle: Büro LR Anschober